

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/178

Bonn, den 18. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Zehn Tage vor der Bundestagswahl</u> Klarheit gegen Nebelschwaden	49
2 - 3	<u>Rückkehr ins normale Leben</u> Von Dr. Dr. Josef Neuberger, Justizminister von Nordrhein-Westfalen	83
4 - 5	<u>Linksruck, aber Kurs unklar</u> Der britische Gewerkschaftsbund TUC nach Portsmouth Von Hans Joachim Werbke, London	77
<u>G L O S S E</u>		
6	<u>Der Zopf der FDP</u>	34

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Forderungen an den 6. Bundestag

Hedwig Neermann, SPD-MdB seit 1961: Im Interesse der
alleinstehenden Frauen

Mehr Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau - mehr Eigentums-
wohnungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau

Elfriede Eilers, SPD-MdB seit 1957, formulierte ihre Vor-
stellungen zur Erreichung der Chancengleichheit

Familienlastenausgleich muß verbessert werden

* * *

Zehn Tage vor der Bundestagswahl

Klarheit gegen Nebelschwaden

sp - Je näher der Wahltag heranrückt, umso unsicherer und unsinniger werden die Strategien der CDU/CSU. Wollte man sich der Mühe unterziehen, alle Dummheiten aufzuschreiben, die sowohl von der Spitze dieser Partei als auch von ihren Propagandarednern auf die Bürger unseres Landes losgelassen werden, käme man gewiß zu einem traurigen Ergebnis. Daß man die Sozialdemokratie als den Hauptgegner bezeichnet, ist verständlich. Würde man es mit sachlichen Argumenten tun, ließe sich nichts dagegen einwenden. Landauf, Landab aber wird von den CDU/CSU-Rednern aller Garnituren gesagt und so getan, als würde eine von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung das Ende Deutschlands bedeuten. Kiesinger, der Mann, der bekanntlich einen Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Stoph schrieb, behauptet jetzt, jeder Versuch, zwischen DDR und Bundesrepublik zu einem erträglichen Verhältnis zu gelangen, sei blanker Unsinn, Brandt'sche Illusion oder noch Schlimmeres.

Kiesinger, der nicht nur in der Regierungserklärung sagte, die Bundesrepublik müsse alles nur Erdenkliche tun, um die Aussöhnung des deutschen Volkes auch mit seinen östlichen Nachbarn vorzubereiten, meint heute im Wahlkampf, dies sei alles Unsinn, und wer den von ihm selbst angekündigten Versuch zur Aussöhnung praktisch in die Wege leiten wolle, verzichte auf das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

In der Wirtschaftspolitik geht es noch viel grotesker zu. Alle Bundesbürger wissen, daß es der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Karl Schiller war, der es zum Erstaunen aller Welt fertigbrachte, die deutsche Wirtschaft nach der Krise, in der sie durch den Schlendrian und die Unfähigkeit der Regierung Erhard/Mende hinein-gerutscht war, in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder in Ordnung zu bringen. Alle Welt weiß, daß im Frühjahr dieses Jahres die Arbeitsplätze wieder gesichert waren, die DM trotz der schwierigen internationalen Währungssituation hart geliebt war und daß endlich die Grundlagen für eine sozial gerechtere Ausgewogenheit dieser großen wirtschaftlichen Gesamtleistung unseres Volkes gelegt werden konnten.

Genau in diesem Augenblick jedoch behaupten die Gegner Schillers und der Sozialdemokratie, sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sei "schuld" daran, daß jetzt alles schwieriger geworden ist und daß die Arbeiter unruhig werden. Schiller wird sogar daran gehindert, die wieder erreichte gesunde Grundlage unserer Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen gegen drohende Gefahren abzusichern.

Anstelle von Politik und sachlichen Argumenten wird die politische Landschaft der Bundesrepublik von der CDU/CSU mit Nebelschwaden überzogen. Demgegenüber steht die Sozialdemokratie mit ihrem klar umrissenen Regierungsprogramm und mit in jeder Beziehung nachprüfbareren Aussagen, über das, was in der Vergangenheit geschehen ist und was nach ihrer Meinung in Zukunft zu geschehen hat.

- + +

Rückkehr ins normale Leben

Von Dr. Dr. Josef Neuberger,
Justizminister von Nordrhein-Westfalen

Das Ziel des Strafvollzugs besteht vor allem darin, einen Gefangenen in der Unfreiheit zum vernünftigen Gebrauch der Freiheit zu erziehen. Es ist heute Allgemeingut, daß dies allein durch Härte und durch vielgepriesene Abschreckung nicht erreicht worden ist. Nach modernen Erkenntnissen ist allein und entscheidend die Erziehung zu einem Menschen wirksam, der nicht mehr gewillt ist, straffällig zu werden. Die Erkenntnis ist nicht schwer zu gewinnen und noch leichter auszusprechen: Wir wollen den Gefangenen an Arbeit gewöhnen, ihn in der Selbsthilfe stärken, seine eigene Initiative fördern und in vernünftige Bahnen lenken. Kurz und gut: Wir wollen sein soziales Verantwortungsbewußtsein wecken und ihm helfen, seine Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft gegenüber der Gesellschaft zu überwinden.

Ich bin nicht so weltfremd, um nicht zu erkennen, daß durch den Strafvollzug - und sei er noch so individuell und vor allem gekonnt - nicht jeder Gefangene wieder auf den rechten Weg gebracht werden kann. Um es ganz deutlich zu machen: Moderner Strafvollzug hat nichts mit verweicheltem Strafvollzug zu tun. Hoffungslose Rechtsbrecher müssen die volle Härte des Strafvollzugs fühlen, denn für sie ist die Strafe in erster Linie ein Moment der Sicherheit und des Schutzes für die übrige Bevölkerung.

Vorurteile abbauen

Moderner Strafvollzug heißt, den Erstbestraften wie den Vorbestraften auf jene Ecke abzuklopfen, wo er noch für die Gesellschaft zu retten ist. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist es, ob es gelingt, labil veranlagten Gefangenen ein rechtes Verhältnis zur Arbeit zu vermitteln. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß, wer einen Beruf erlernt hat, nach der Entlassung wesentlich bessere Startmöglichkeiten hat und auch kriminell weniger anfällig ist.

An den Standorten der großen Gefängnisse wird in Zukunft ein besonders geeigneter Vertreter des Arbeitsamtes sich um die Wiedereingliederung der Gefangenen kümmern. Sehr dankbar sind wir dem Deutschen Gewerkschaftsbund dafür, daß er mit dem Landesarbeitsamt und der Justiz eine Umschulungsstätte für Metallberufe in Bochum errichtet hat, in der ständig etwa 120 Gefangene zu Facharbeitern ausgebildet werden können. Die ersten haben ihre Prüfung mit Ergebnissen gemacht, die unsere Erwartungen noch übertroffen haben. Viele konnten sofort nach ihrer Entlassung einen guten Arbeitsplatz finden.

Alle Bemühungen eines noch so fortschrittlichen Justizministers aber müssen scheitern, wenn die Gesellschaft nicht mitzieht, wenn die

Arbeitskameraden eines Straftentlassenen und seine Vorgesetzten wie seine Nachbarn ihm nicht die hilfreiche Hand entgegenstrecken. Die erste Aufgabe besteht darin, die Vorurteile gegen Straftäter abzubauen. Oft kommen diese Vorurteile dadurch zustande, daß man - anscheinend - den Sündenbock braucht, um selbst um so makelloser zu erscheinen.

Neben dem Staat und den Wohlfahrtsverbänden werden künftig auch die Gefängnisbeiräte einen wichtigen Beitrag leisten. Hier sollen aufgeschlossene Bürger, die Vertreter der Parteien, der Gewerkschaften und Arbeitgeber sowie der Gebietskörperschaften, eng mit dem Anstaltsvorstand und der Justiz zusammenarbeiten und sich neben anderen Aufgaben auch mit den Sorgen und Nöten der Entlassenen beschäftigen.

Der neue Arbeitsplatz ist für den Entlassenen die Chance, wieder zu beweisen, daß er es einst meint mit der Rückkehr in das normale Leben. Es gibt eindrucksvolle Beispiele dafür, daß diese Chance genutzt worden ist. Rückschläge dürfen uns nicht entmutigen. Denn - und das sollte man in allen Konsequenzen überdenken - wenn nur die Hälfte nicht wieder straffällig wird, haben wir schon ein großes Werk - für alle - vollbracht!

Niemand verlangt vom Arbeitskollegen, vom Betriebsrat oder vom Arbeitgeber, daß er dem vorbestraften Mitarbeiter blindes Vertrauen entgegenbringt. Ich möchte sagen, daß nicht einmal der entlassene Gefangene dies erwartet. Weil ich weiß, daß gerade die Betriebsräte bei der Entscheidung, ob ein Vorbestrafter eingestellt werden soll oder nicht, ein entscheidendes Wort mitsprechen und weil ich Schwierigkeiten und alle ihre Zusammenhänge kenne, sage ich hier offen, was nicht verschwiegen werden darf: Oft kommt der Widerstand weniger vom Arbeitgeber als von den Kollegen.

Solidarität üben

Nicht selten ist der Betriebsrat in der Schwierigkeit, der Entlassung eines Mannes zuzustimmen, der im Betrieb sich des Diebstahls schuldig gemacht hat. Aber was ist, wenn er dann mit der Frage konfrontiert wird, einem Bewerber zur Einstellung zu verhelfen, der wegen Diebstahls vorbestraft ist? Die Antwort kann nur lauten: Der Vorbestrafte hat seine Tat gesühnt und hat ein Recht darauf, jetzt eine Chance zu erhalten.

Eines erwarte ich als ehrlich besorgter Justizminister ganz und gar nicht, daß unterschiedslos jedem Vorbestraften ohne weiteres die Rückkehr in Beruf und Leben auf diese Weise geebnet wird. Was ich zum Schluß sagen möchte, ist - ich weiß es - nicht mehr neu. Ich habe es mehrfach gesagt und werde es noch oft wiederholen müssen: Ob wir ein Rechtsstaat sind, ob wir gar ein sozialer Rechtsstaat sind, hängt davon ab, wie wir zum gescheiterten Bruder stehen. Nehmen wir ihn, wo immer es sich als möglich erweist, wieder in unsere Gemeinschaft auf.

Schließlich: Es gibt ein Wort, das in der Arbeiterbewegung seit ihren Bestehen immer einen guten Klang hatte.

Dieses Wort heißt Solidarität. Üben wir Solidarität!

Linksruck, aber Kurs unklar

Der britische Gewerkschaftsbund TUC nach Portsmouth

Von Hans Joachim Werbke, London

Die herablassende Art, mit der die Interviewer des SPIEGEL-Gesprächs den neugewählten Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), Vic Feather, behandeln, so daß sie den Gereizten in ein schlechtes Licht setzen, wird dem neuen Mann an der Spitze der britischen Gewerkschaftsbewegung nicht gerecht. Feathers Qualitäten entfalten sich nicht im Gespräch, sondern in der Handlungsweise. War sein Vorgänger George Woodcock ein Akademiker, der seinen Kurs mit dem Rhythmus seiner Einsichten abzustecken pflegte, so ist Feather der Mann der Praxis, erfahren in 32 Jahren als hauptamtlicher Funktionär. Er kennt die Maschinerie des gewerkschaftlichen Apparats in allen ihren Teilen aus dem FP und weiß sie so zu ölen, daß sie läuft. Ihn nach zwölf - darunter etlichen Ferien- - Wochen an die Brust zu nehmen, weil das "feierliche Versprechen" seit dem Sonderkongress von Croydon noch wenig sichtbare Ergebnisse hervorgebracht hat, was die Verminderung von wilden Streiks angeht, wirkt im Licht der gegenwärtigen Entwicklung in der Bundesrepublik besonders unangebracht.

Im überall nach Perfektion strebenden Deutschland ist die Verletzung von Spielregeln und Prozeduren durch "wilde Streiker" ein viel ernst zu nehmendes Symptom für das Unbehagen an der Arbeit als in Britannien, wo das Fehlen oder Nichtbenutzen von Kommunikationslinien zwischen dem Management und der Arbeitnehmerschaft schnell zu Ausständen zu führt. Um sich nicht - wie ihre deutschen Kollegen - dem Odium des Gesetzesbrechens auszusetzen, haben die britischen Gewerkschaften Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, die Regierung von ihrem Gesetz über die industriellen Beziehungen abzubringen.

Das Gesetz war ausdrücklich als ein Interims-Gesetz geplant. Es suchte in den Wirrwarr der industriellen Beziehungen Ordnungsstrukturen zu legen. Die Bussgeld-Strafen sollten sich gegen diejenigen richten, die akzeptierte Vereinbarungen willkürlich brechen. Die Autorität der Gewerkschaften über ihre Mitglieder sollte verstärkt werden. Der taktische Fehler der Regierung Wilson bestand darin, die Stimmung in der Gewerkschaftshierarchie (und deren Einfluß) verkannt zu haben. Mit seinem Herumreiten auf den Streikzähler machte Premierminister Wilson das Ausland nervös und regte die Gewerkschaften gegen sich und seine Politik auf. Infolge Streiks wurden zwischen 1962 und 1966 zwischen 1 3/4 und 5 3/4 Millionen Arbeitstage verloren; allein durch Krankheit gingen im Jahr 1966/67 jedoch 301 Millionen Arbeitstage verloren.

Daß nun bei der britischen Gewerkschaftsbewegung alles in bester Ordnung wäre, läßt sich allerdings nicht behaupten. Die Vielzahl von

155 Gewerkschaften, die dem Trades Union Congress zugehören, kann ohne weiteres verringert werden. Der Generalrat, das oberste Führungsorgan, vertritt zwanzig Industriegruppen, und ein von der Regierung ebenfalls gewünschter Zusammenschluß, für den das ausgesetzte Gesetz schon Wege bereiten wollte, schreitet Schritt für Schritt, wenn auch noch zu langsam, voran. Einem rascheren Vorgehen steht nicht zuletzt der reformbedürftige Generalrat selbst entgegen. In ihm überwiegen die Hand- und Facharbeitergewerkschaften; die modernen und Angestelltengewerkschaften haben das Nachsehen. Der Delegiertentag von Portsmouth empfahl da dringend Änderungen.

Im übrigen beherrschen die Linksgewerkschaften, angeführt von den Transport- und den Metall-Arbeitern, das Feld. Sie verwarfen mit ihrer Mehrheit Wilsons Appell zur Bewahrung großer Lohndisziplin nach Beendigung des bis Jahresende noch gültigen Preis- und Einkommensgesetzes und sie setzten sich auch über seine Mahnung hinweg, die berechnete Forderung nach "gleichem Lohn für gleiche Arbeit" (von Frauen) im Rahmen einer verantwortbaren Einkommensentwicklung zu verwirklichen. Die tonangebenden Militanten unter den Gewerkschaftsbossen (Hugh Scanlon und Jack Jones) bereiten sich schon auf eine weitere Aushöhlung der Wilsonpolitik vor. Der Held der Linken, Transportarbeiterführer Frank Cousins, der nun aufs Altenteil gesetzt wurde, drohte seinen Parteifreunden von der Labourparty, die Regierung solle sich lieber an die Gewerkschaftsbewegung anlehnen als sie von oben zu treten.

Da indessen mit dem sichtbaren Linksruck im britischen Staat kein Staat zu machen ist, bleibt die Verantwortung bei dem Häuflein der Vernünftigen. Wenn es Lord Cooper und seiner Großgewerkschaft der Allgemeinen und Städtischen Arbeiter durch Fusionen gelingt, die 1,4 Millionen Mitglieder zählende Transportarbeitergewerkschaft auszustechen, könnte die Balance in der britischen Arbeiterorganisation wieder verbessert werden. Wenn überdies die Labourregierung im Wahljahr taktische Schnitzer vermeidet, kann sie vielleicht so viel Solidarität zustande bringen, daß Labours Wahlaussichten nicht gering werden.

G L O S S E

Der Zopf der FDP

F.B. - Es macht Spaß, zu betrachten, wie sich die FDP selbst Schlingen legt, um nicht zu sagen flicht, die nach getaner Arbeit mehr einem unentwirrbaren Knäuel gleichen.

In's Haus flatterte das Kandidatenfaltblatt des FDP-Bundestagskandidaten Bonn-Stadt. Graphisch gut aufgemacht, bis auf das Gruppenbild der FDP-Spitzenmannschaft, auf dem alle etwas geschoren dreinschauen, obwohl der Kalender doch erst Mitte September anzeigt.

Die FDP gelangt zu dem Schluß, daß nicht alle "Wirtschafts-Glieder" gleichmäßig wachsen können: "Vollbeschäftigung, stabile Währung, wirtschaftliches Wachstum - dafür gibt es keinen Einheitsrock". Resignation also und Eingeständnis des Unvermögens auch dieser Partei, dem gesetzlichen Auftrag des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes nachzukommen. Obenan, wo die Versprechungen stehen, die ein paar Zeilen weiter wieder zurückgenommen werden, tönt es: "Die FDP will die Vollbeschäftigung. Sie sichert wachsendes Einkommen. Voraussetzung für Vollbeschäftigung ist eine stabile Wirtschafts- und Währungspolitik."

Damit sind ungefähr die Aufgaben der Wirtschaftspolitik umrissen, für die die FDP die Verantwortung zu übernehmen sich außerstande sieht: Vollbeschäftigung in einer wachsenden Wirtschaft bei innerem und äußerem Gleichgewicht. Übrigens handelt es sich hierbei um ein modernes, elegantes Komplet und nicht um einen Einheitsrock des frühen 19. Jahrhunderts. Für den Zuschnitt einer modernen Wirtschaftspolitik sollte man besser auf die aus der Mode gekommenen Schnittmuster des Biedermeiers verzichten. Sonst klappt es - eingestandenmaßen - nicht.

Eine geradezu bewundernswerte Sachlogik führt "nahtlos" zu der Schlußbemerkung: "Es ist ein gefährlicher Zopf, die Wirtschaft über einen Kamm zu scheeren." Daraus geht jedenfalls messerscharf hervor, daß die Wirtschaft geschoren werden soll. Offen bleibt nur, ob mit Hilfe mehrerer Käme oder ohne Kamm. Bei dem Gedanken an das Aussehen des also Geschorenen befällt einen Bangigkeit. Die Tätigkeit als Herrenausstatter bekommt der FDP nicht gut. Zusammenfassend läßt sich ob der vielen Ungereimtheiten immerhin sagen: das schlägt dem Zopf den Boden aus.